

Die Spaltung der Gesellschaft

HEINZ BUDE

Die Polarisierungsthese stellt einen der wichtigsten Orientierungspunkte für die Abmessung des sozialen Wandels in allen Gesellschaften des OECD-Raums dar.¹ Die unaufhörliche Intensivierung der Wertschöpfung (Reichwald et al. 2006), die fortschreitende Tertiarisierung der Wirtschaft (Deutschmann 2002), die wachsende Vernetzung der Produktionsketten (Jürgens 2000), die zunehmende Subjektivierung des Arbeitsvermögens (Voß/Pongratz 1998; Minssen 1999, 2000) sowie die unumkehrbare Demographisierung der sozialen Problemlagen (Staudinger et al. 2009) führen demnach zu einer Zweiteilung der Erwerbstätigen.

Eine Gruppe, die von diesem sozioökonomischen Strukturwandel profitiert, steht einer Gruppe gegenüber, die in jeder Hinsicht, insbesondere was die materielle Entlohnung, die soziale Absicherung und die politische Berücksichtigung betrifft, das Nachsehen hat (Oesch 2006). Auf der sonnigen Seite befinden sich die umworbenen und gehegten Kernbelegschaften, die über produktive Qualifikationen und spezielle Erfahrungen verfügen, was sie besonders für die Unternehmen der exportorientierten Hochproduktivitätsökonomie (in Deutschland in erster Linie Werkzeugmaschinenbau, Systemtechnik und natürlich das ganze Cluster der Automobilindustrie) unverzichtbar macht, sowie locker daher kommende Selbstständige mit hohem Potential an systemanalytischen Kompetenzen und globalem Netzwerkzugriff (Reich 1996), die schnell und flexibel an entscheidenden Stellen von innovativen Unternehmensprojekten eingesetzt werden.

Im Schatten dieser selbstbewussten, eigenaktiven und verhandlungsstarken Erwerbstätigen müssen sich Randbelegschaften zurechtfinden,

die zur Ergänzung und Überbrückung der marktabhängig gesteuerten Produktionsabläufe eingestellt werden. Sie verfügen über solide, aber nicht unverzichtbare Qualifikationen und sehen sich auf dynamische Arbeitsmärkte geworfen, die in Abhängigkeit vom konjunkturellen Verlauf schwanken. Aber immerhin können sie sich, wenn auch temporär, als nachgefragt und nützlich fühlen. Hinten im Dunkeln stehen die „unternehmerischen Einzelnen“, für die das persönliche Unternehmertum einen letzten Rettungsanker bildet.² Sie betätigen sich vor allem in Dienstleistungsbereichen, die wenig Betriebskapital erfordern, sowie als Erbringer einfacher personenbezogener Dienstleistungen für die „High Potentials“ der Produktivitätssteigerung und der Komplexitätsgewährleistung.

Die Kernbelegschaften verkörpern das konstitutive industrielle Wissen eines Unternehmens, und die hoch qualifizierten Selbstständigen werden einerseits für die Aufrechterhaltung möglichst verlässlicher und sicherer Abläufe und andererseits für die Schaffung und Verbreitung von Information und Wissen benötigt. Beiden Gruppen muss man etwas bieten, damit sie beim Unternehmen bleiben oder sich für ein Projekt engagieren (Bischoff 2005). Das sind zuerst differenzierte Fortbildungsprogramme, die nicht allein auf spezielle Fertigkeiten, sondern mehr noch auf generelle Schlüsselqualifikationen gerichtet sind, sowie intelligente Wiedereinstiegsmodelle nach Babypausen und Selbsterforschungsschleifen. Wegen der wachsenden Erwerbsbeteiligung gerade höher qualifizierter Frauen werden das in der Zukunft aber zudem bedarfsgerechte Kinderbetreuungs- und Kinderbildungsangebote sein und, was man aus Gründen der Alterung unserer Gesellschaft nicht unterschätzen darf, Angebote zur Pflege ihrer hochbetagten Angehörigen (Blossfeld/Hofmeister 2008: 449). Hier können sich Unternehmen in der Zukunft gerade für ihre begehrten Mitarbeiter und vor allem Mitarbeiterinnen leuchtende Alleinstellungsmerkmale zulegen.

Für die Frage der arbeitsweltlichen Polarisierung sind diese Tendenzen deshalb wichtig, weil hinsichtlich der Möglichkeiten, Berufstätigkeit und Familienleben zu vereinbaren, weder die bekannten Großunternehmen noch der lokal verankerte Mittelstand seinen Randbelegschaften ähnlich gute Bedingungen bietet wie den Kernteams. Erwerbstätige mit mittleren oder nur geringen Qualifikationsnachweisen sind weitgehend auf öffentliche Kinderbetreuung angewiesen, die in Deutschland besonders in den Bundesländern mit hoher Wertschöpfung nur eingeschränkt vorhanden sind. Wenn es dort die konfessionellen Kindergärten nicht geben würde, wären sie vollends auf sich gestellt. Noch schwieriger sehen die Verhältnisse aus, wenn man in einer Familie mit prekären Beschäftigungsverhältnissen einen dementen Vater oder eine hochbetagte

Mutter zu versorgen hat. In Zukunft werden vor allem gering und mittel qualifizierte Frauen viel Zeit für die häusliche Pflege und Betreuung hilfebedürftiger älterer Angehöriger aufwenden, was zu längerfristigen Erwerbsunterbrechungen, eingeschränkten Erwerbszeiten und fehlender Weiterqualifikation führt, so dass, wer von Hause aus sowieso schon benachteiligt ist, durch den demographischen Wandel eine weitere Benachteiligung erfährt.

Bei den „unternehmerischen Einzelnen“ mit Allerweltsqualifikationen gestaltet sich die Lage noch aussichtsloser. Sie füllen die Randbelegschaften auf, verdingen sich bei Billigläden oder sind fürs Säubern, Sichern und den Service in den Büros und Labors der Abteilungen für Forschung und Entwicklung zuständig. Dabei nimmt die Mehrfachbeschäftigung zu (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 2006). Zwischen ihren Jobs müssen sie immer wieder Zeiten ungewollter Beschäftigungslosigkeit überbrücken, die sie eigentlich zur Pflege ihrer Netzwerke und zum Erhalt ihrer Kompetenzen nutzen müssten. Aber die zwischenzeitlich im Persönlichen und Privaten angehäuften Probleme lassen ihnen dafür kaum die Zeit und Energie. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Einkommenssituation sind ihre Möglichkeiten, finanzielle Vorsorge fürs Alter und für den Ruhestand zu treffen, sehr beschränkt. Sie pötern sich aus und müssen trotzdem bis ins höhere Alter im Backshop oder in der Putztruppe das Geld für den täglichen Unterhalt verdienen. Der Ort der Proletarisierung ist heute daher nicht mehr in erster Linie die Industrie, sondern die Dienstleistung (Esping-Andersen 1993; Oesch 2006).

So sehr dieses Bild einleuchtet, weil es unsere Vorstellungen über die glorreichen Gewinner und die geschlagenen Verlierer des wirtschaftlichen Strukturwandels bekräftigt, so muss es doch als eindimensional und undynamisch gekennzeichnet werden. Es beruft sich allein auf die Veränderungen an der sozioökonomischen Basis und unterstreicht die Auffassung einer stabilen Klassenteilung unserer Gesellschaft. In längerer Sicht sind es immer dieselben, die die Nase vorn oder das Nachsehen haben. Das hervorstechende Merkmal von potentiellen Gewinnern und Verlierern ist der Bildungsabschluss (ein Beleg unter vielen: Statistisches Bundesamt 2008). Insofern ist es plausibel, dass die politische Gegensteuerung gegen diese Polarisierungslogik in erster Linie die Erweiterung und Vertiefung der Bildungsbeteiligung im Auge hat. Hohe Bildung garantiert gute Arbeit.

Was diesem Bild freilich entgeht, sind die dynamischen Verhältnisse sozialer Ungleichheit, bei denen Gruppen abstürzen, die sich das nie haben vorstellen können, und Gruppen nach vorne kommen, die von ihren Ausgangsvoraussetzungen als durchaus benachteiligt erscheinen. Eine

genaue Analyse der Spaltungsprozesse in der Gegenwartsgesellschaft muss sich daher mit den multiplen Determinationen sozialer Platzierungsprozesse befassen. Kein anderer als Pierre Bourdieu hat mit seiner Vorstellung der zwei Dimensionen des sozialen Raumes dafür eine analytische Perspektive geliefert (Bourdieu 1987): Es gibt demnach die vertikale Dimension der sozialen Stufenleiter und die horizontale der Tuchfühlung mit dem sozialen Wandel. Man kann von oben zurückfallen und von unten nach vorn kommen. Diese komplexe Betrachtungsweise ist nicht rein akademischen Ursprungs, sondern deckt sich mit neuen Erfahrungen sozialstruktureller Imprägnierungen im Abschied von der Mittelklasseorientierung insbesondere der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Das begriffliche Mittel zur Erfassung dieser paradoxen Logik unwahrscheinlicher Wahrscheinlichkeiten stellt der Begriff der sozialen Exklusion dar (Bude/Willisch 2006, 2008).

Mit diesem in den letzten Jahren prominenter werdenden Begriff, der beispielsweise die Sozialberichtserstattung der Europäischen Union anleitet (Europäische Kommission 2004), wird eine transversale Verbindung zwischen den sich abkoppelnden Rändern und der sich durchlöchernden Mitte der Gesellschaft zum Thema gemacht (Bude 1998). Exklusionsprozesse können von überall losgehen und enthalten immer die Bestandteile von Arbeit, Familie oder sozialen Netzwerken, Institution und Körper. Die ursprüngliche Vulnerabilitätsquelle kann in jedem dieser Bereiche liegen. Wichtig ist das Überhandnehmen von spill-off-Effekten in Erleidenskurven, so dass es aus dem fortschreitenden Kontrollverlust kein Entrinnen mehr gibt (Schütze 1996): Man hat die Überzeugung von der beruflichen Wiederverwendbarkeit verloren, man kommt mit Familie, Partnern, Freunden und Bekannten nicht mehr zurecht, man sieht nur, wie die Ämter einen gängeln und kontrollieren wollen, und schließlich kann man auf eine bestimmte Dosis Alkohol, Tabletten oder andere Stoffe nicht mehr verzichten, um über den Tag zu kommen.

Dabei stellt sich heraus, dass für den Statuserhalt in einem dynamischen Umfeld Strategien wichtiger als Ressourcen sind. So gibt es den Typ des „aktiven Verlierers“ (Brauer/Willisch 1998), der alles falsch macht, weil er alles richtig machen will. In der Zeit der Wende haben viele Ostdeutsche angesichts ungeahnter Möglichkeiten alles auf eine Karte gesetzt. Mit Trennung, Ortswechsel und beruflicher Umorientierung haben sie alles von sich geworfen, um sich neu zu erfinden. Zwanzig Jahre später sieht die Bilanz insofern äußerst gemischt aus, als sie feststellen müssen, dass jene, die sich ans Alte gehalten und sich nicht bewegt haben, jetzt nicht selten besser dastehen, als diejenigen, die den Fehler begangen haben, sich aller Rückkehroptionen zu berauben.

Manchmal kann offenbar die richtige Wahl darin bestehen, keine Wahl zu treffen.

Und schließlich ist auch die eigenständige Rolle des Exklusionsempfindens für die Problematik der Statussicherung zu beachten. Es lässt sich der Nachweis führen (Bude/Lantermann 2006), dass es bei gleicher Belastung mit prekären Lebensumständen einen Unterschied in der Art und Weise der Lebensbewältigung macht, ob man sich seines gedachten Platzes im gesellschaftlichen Ganzen sicher oder ob man von der panischen Frage beherrscht ist, ob es auf einen überhaupt noch ankommt. Daran hängt die Unterscheidung zwischen den Prekären und den Überflüssigen.

Mit anderen Worten: Man kann auch von höheren Stufen der sozialen Leiter abrutschen, wenn man die falschen Wahlen trifft und sich sozial ausgeschlossen fühlt. Die glücklichen Zeiten einer expansiven Mittelstandsnivellierung sind schon länger vorbei, die Spuren von unwahrscheinlichen Statusverlusten und spektakulären Statusgewinnen treten freilich unter den gegenwärtigen Bedingungen einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise deutlicher ins allgemeine Bewusstsein.

Dabei bezeugt der Begriff der sozialen Exklusion eine Ernüchterung über den Integrationsoptimismus einer kapitalistisch angetriebenen und wohlfahrtsstaatlich gesicherten Industriegesellschaft (Leisering 2004). So kann man selbst den Wohlfahrtsstaat nicht mehr nur als Integrationsmaschine begreifen. Es waren die sozialdemokratischen Parteien in Europa, die sich in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein Motiv der konservativen Wohlfahrtsstaatskritik zu eigen gemacht haben: Das wohlfahrtsstaatliche Schema der individuellen Entschädigung für kollektive Benachteiligung hat unter der Hand eine Kultur der Abhängigkeit erzeugt. Wenn die Demonstration eines Handicaps zur Sicherung wohlfahrtsstaatlicher Sonderleistungen führen kann, erweist sich das wohlfahrtsstaatliche Anrechtssystem als abgeleitete Funktion einer professionell unterstützten „Handikapologie“ (Castel 2000), in dem die subjektiven Anstrengungen nicht mehr nur darauf gerichtet sind, möglichst schnell wieder auf die eigenen Beine zu kommen, sondern sich eine möglichst komfortable Daueralimentation zu beschaffen. Das ist natürlich kein generelles Gesetz, aber in der Häufung von Einzelfällen liegt durchaus eine allgemeine Tendenz, die insbesondere bei denen, die „hart arbeiten und sich nach den Regeln verhalten“, Fragen über die Effizienz und die Gerechtigkeit des Wohlfahrtsstaates aufwirft.

Der disjunktive Effekt des wohlfahrtsstaatlichen Apparats wird freilich heute im Zeichen einer sich als reformerisch verstehenden „Politik der Aktivierung“ noch verstärkt. In dem Maße nämlich, wie man sich im Bewusstsein der passiv machenden Mechanismen wohlfahrtsstaatlicher

Versorgungssysteme auf eine Politik der Mobilisierung brachliegenden Arbeitsvermögens konzentriert hat, hat man als nichtintendierten Effekt der Reform einen Mechanismus der sozialen Spaltung in Gang gesetzt. Unter dem Diktat der Aktivierung entsteht notwendigerweise eine Gruppe von Wohlfahrtsabhängigen, die sich aus welchen Gründen auch immer nicht aktivieren lassen. Sie bilden dann eine durch den Wohlfahrtsstaat selbst produzierte „Überschusspopulation“, an der noch die wohlmeinendsten Selbsthilfeprogramme abprallen. Sie werden mit billiger Unterhaltung und schlechtem Essen versorgt und schulterzuckend ihrem Schicksal überlassen.

Diese Gruppe gibt es nicht nur als die Aussortierten wohlfahrtsstaatlicher Verwehrpolitiken, sondern bereits als „ausbildungsmüde Jugendliche“ in den Bildungssystemen (zu diesen „intern Ausgeschlossenen“ vgl. Bude 2008), die ihre Lehrerinnen und Lehrer auf den Hauptschulen und pädagogischen Bildungswerken zur Verzweiflung bringen. Im Alltag der als „Restschulen“ angesehenen Hauptschulen setzen sie alles daran, zu demonstrieren, dass sie dem pädagogischen Trugschluss nicht auf den Leim gehen, dass der Lebenserfolg vom formalen Bildungsabschluss abhängt und der soziale Aufstieg eine Frage des individuellen Strebens sei. Wenn man einen energiegeladenen Jungmenschen aus einem bildungsfernen Elternhaus auch nach Erwerb eines Hauptschulabschlusses nur einen schlecht bezahlten und prekär verfassten Job im Bereich der personenbezogenen Dienstleistung in Aussicht stellen kann, dann ist es nur zu verständlich, dass die Bildungsmotivation keinen zentralen Bestandteil des Selbstverständnisses bildet. Stattdessen träumen diese Jugendlichen, die in sozial belasteten Stadtteilen aufgewachsen sind, von Formen „spektakulärer Lebensführung“ (Häussermann 2006) in ihren angestammten Quartieren. Die beziehen sich in der Regel auf das erweiterte System der Drogenökonomie, das für Einzelne in der Tat bei entsprechender Gewissenlosigkeit und Gewaltbereitschaft unwahrscheinliche Lebenschancen bietet. Den meisten gelingt das natürlich nicht, weshalb sie sich im hilflosen Bestehen auf Respekt und Selbstachtung durch fatale Strategien selbst ins soziale Aus manövrieren.

Das ist nicht durch eine Erhöhung von Transfersätzen oder durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen allein zu bekämpfen. Es braucht vielmehr Strategien der Einbeziehung, die genau an den Strategien der Selbstachtung dieser verlorenen Jugendlichen ansetzen. In den vom Subsidiaritätskonzept aufgerufenen „kleinen Lebenskreisen“ entscheidet sich das Schicksal dieser Heranwachsenden. Dabei ist ein gewisses „charismatisches Quantum“ der lebensweltlichen Mentoren unabdingbar. Es bedarf der glaubhaften Verkörperung einer Alternative, die die-

sen in Abweichungsspiralen verfangenen Jugendlichen einen Sinn von Größe zu vermitteln vermögen.

Zu dieser Spaltung durch das Sozialsystem des Wohlfahrtsstaates gesellen sich die Phänomene der sozialen Spaltung durch wirtschaftliches Wachstum. Da ist an erster Stelle die „Kompetenzrevolution“ (Vester et al. 2007) insbesondere in den industriellen Arbeitsplätzen der exportorientierten Ökonomie zu nennen. Selbst wenn man heute bei einer der großen Baufirmen anfangen will, muss man über mehr als nur die Bereitschaft, sich die Hände schmutzig zu machen, verfügen. Man muss vielmehr einen Sinn für die informationelle Durchstrukturierung von Arbeitsvollzügen im hochwertigen Baugewerbe besitzen, damit man in einem Unternehmen, das nicht manpower, sondern „intelligente Konzepte“ des Bauens anbietet, reüssieren kann. Dem entspricht eine Anstellungspolitik der entsprechenden Unternehmen, die vor allem auf zertifizierte Bildungsabschlüsse achtet und derart einen Verdrängungsprozess nach unten aufrechterhält. Wem keine andere Kompetenz als die absolute Loyalitätsbereitschaft zueigen ist, wird am Ende nicht einmal mehr als Hausmeister einen Job im „facility management“ bekommen.

Der zweite Aspekt von Spaltung durch Wachstum hängt mit der variablen Geographie der Wertschöpfungsketten zusammen. Wer sich zufällig in einer Region befindet, in der die Branchen zusammenbrechen und die Deindustrialisierung Raum greift, gerät in Gefahr, da zurückzubleiben, wo die Arbeit verschwunden ist (so der Titel des Klassikers von Wilson 1997). Auch in Deutschland existieren fragmentierte Industrielandschaften, wo die Orte der Initiative und des Individualismus gar nicht weit entfernt von denen der Überflüssigkeit und des Ausschlusses sind. Als besonders bizarres Bild gelten die postmodernen Tankstellenenklaven in Ostdeutschland, in denen die müden, traurigen und trotzigsten Jungmänner die gewalttätigen Spiele ihres sinnlosen Zurückgelassenseins zur Aufführung bringen (Willisch 1999 und generell Thumfart 2001 über die ostdeutsche „uncivility“).

Ein dritter Aspekt der Spaltung durch Wachstum ergibt sich aus den paradoxen Effekten der Bildungsexpansion, die von besonders wohlmeinenden Bildungspolitikern systematisch ausgeblendet werden. Es stimmt, dass Bildung die hinter Technik und Wissenschaft stehende Produktivkraft darstellt, aber es stimmt eben auch, dass durch die Steigerung der Bildungsanstrengungen sich die Gräben zwischen denen, die sich als die Avantgardisten des sozialen Wandels vorkommen können, und denen, die von eben dieser Veränderung zurückgelassen werden, vertiefen. Wenn es auch in Deutschland gelingen würde, nach dem Beispiel Schwedens, die Abiturientenquote eines Jahrgangs auf 60 Prozent zu heben, gestaltet sich die Lage für die restlichen 40 Prozent nur noch

aussichtsloser. Bildung ist nämlich, wie Fred Hirsch schon Mitte der siebziger Jahre dargelegt hat (Hirsch 1980), ein teuflisches Positionsgut, das nur in der Relation seinen Wert entfaltet. Je breiter gestreut die Bildungszertifikate sind, umso weniger Wert haben sie für den Einzelnen. Sie regeln nur noch den Zugang, garantieren aber keinen Status mehr. Extrafunktionale Kompetenzen, die in bildungsnahen und prestigereichen Elternhäusern erworben werden, geben dann den Ausschlag unter verschärften Auslesebedingungen. Das erklärt, warum gerade durch die soziale Öffnung des Bildungssystems seine soziale Selektivität verstärkt wird.

Dieser letzte Aspekt verweist auf einen weiteren Komplex sozialer Spaltung, dessen eigentümliche Dynamik nicht aus sozioökonomischen Basisprozessen abgeleitet werden kann. Das ist soziale Spaltung in Folge von Migration. Dabei geht es nicht um kulturellen Parallelismus, unausgeglichene Fertilität oder transnationalen Isolationismus, sondern um die soziale Spaltung in der Migrationsbevölkerung selbst. Binnen zweier Generationen haben sich Teile Deutschlands von einer Auswander- in eine Einwanderergesellschaft verwandelt. Bald wird mehr als die Hälfte der Schulkinder in deutschen Großstädten einen Migrationshintergrund haben.

Aber die Spaltung verläuft nicht zwischen „Biodeutschen“ und solchen mit dem „ndH“-Siegel, sondern zwischen denen, die sich als Migrationsgewinner sehen, und solchen, die sich als Migrationsverlierer fühlen (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik 1994). Selbst bei lange verweigerter staatsbürgerlicher Gleichstellung und nach wie vor gezwungenem Umgang mit lebenskulturellen Differenzen ist die soziale Integration der Migranten aus den verschiedenen Einwanderungswellen in der Generationenfolge vorangeschritten. Die Bildungserfolge der Kinder liegen beträchtlich über denen der Eltern, und die Erwerbsbeteiligung in der dritten Generation ist verglichen mit der in der ersten Generation von beeindruckenden Statusverbesserungen gekennzeichnet (zusammenfassend Geissler 2006: 244ff.). Dieser Mehrheit von Migrationsgewinnern steht allerdings eine unübersichtliche Minderheit von Migrationsverlierern besonders aus den starken Einwanderergruppen gegenüber, die den Anschluss verliert, die sich isoliert und die sich in ihrem Verlierertum teilweise zu radikalisieren scheint.

Dahinter steckt eine wenig bedachte, wie man in der Chicagoer Schule sagt, „natürliche Geschichte“ des Migrationszyklus: Offenbar ist es für die erste Generation leichter, Chancen zu ergreifen und Ruhe zu bewahren. Man lebt aus der positiven Bilanz der durch Migration verbesserten Lebenslage. Die zumeist aus bäuerlichen Subsistenzwirtschaften stammenden „Gastarbeiter“ der sechziger und siebziger Jahre erleb-

ten eine Stellung als un- oder angelernte Arbeiter im produzierenden Gewerbe als sozialen Aufstieg. Schon in der zweiten Generation müssen bestimmte Erwartungen an die Positionsverbesserung in der Ankunfts-gesellschaft erfüllt werden, was ganz andere Enttäuschbarkeiten mit sich bringt. Die langlebigen Gebrauchsgüter wie Autos, Einbauküchen und Flachbildschirme geben dafür den Maßstab ab. Aber in der dritten Gene-ration generalisieren sich die Erwartungen und werden auf die Lebens- chancen der Gleichaltrigen überhaupt bezogen. Nicht wozu man es durch Migration gebracht hat, ist dann die Frage, sondern welche Nachteile man als Heranwachsender nichtdeutscher Herkunft verglichen mit denen deutscher Herkunft hinzunehmen hat. Die Enkel denken nicht mehr daran, sich in duldender Zurückhaltung zu üben. Das schafft ganz andere Motivationen, aber gleichzeitig auch ganz neue Frustrationen. Wem es dann nicht gelingt, Nachteile in Vorteile umzumünzen, kann das Gefühl der Zurücksetzung nur durch Vorstellungen ganz anderer Art kompensieren, an denen man sich im Dienste der Selbstachtung wieder hochzieht. In ihrem Erfolg wie in ihrem Scheitern sehen sich die Enkel der „Gastarbeiter“ als Adressaten einer Stigmatisierung durch die Mehr- heitsgesellschaft, der gegenüber sie sich durch ein „positives“ oder „ne- gatives“ Anderssein zu beweisen glauben müssen.

Ein letzter Punkt der Ernüchterung betrifft die andere Seite der ge- sellschaftlichen Differenzierung als Form der Aufspaltung und Umlen- kung und Einordnung polarisierter Konfliktlagen. Wer bei der Arbeit klein begeben muss, kann beim Konsum groß rauskommen; wem die höhere Bildung fehlt, kann sich ans Internet halten; wer bei anderen nicht ankommt, kann eine einsame Risikosportart betreiben. Frontale Widersprüche lösen sich in der Aspektstruktur der unterschiedlichen Funktionssysteme auf. Eine moderne Gesellschaft bietet im Prinzip im- mer andere Möglichkeiten, weil man nach dem Wort von Paul Watzla- wick nicht nicht kommunizieren kann.

Der Wechsel zwischen den verschiedenen Bühnen und Bezügen funktioniert aber nur so lange, wie Zurücknahmen in der einen durch Ausspielungen in einer anderen Sphäre ausgeglichen werden können. Weil es nie um alles geht, kann immer wieder etwas Anderes zur Gel- tung gebracht werden. Hat jedoch der Ausschluss aus einem Folgen für den Einschluss in ein anderes Subsystem, dann nimmt, wie uns Niklas Luhmann vor Augen geführt hat (Luhmann 1995), das Dominospiel ei- ner Exklusionskarriere seinen Lauf: Keine zertifizierte Ausbildung, kei- ne reguläre Beschäftigung, keine gesunde Ernährung, kein ausreichen- des Einkommen, keine dauerhaften Intimbeziehungen, keine elterliche Verantwortung, kein Zugang zur Rechtsberatung, keine ausreichende

Rentenversorgung. Dann bedeutet soziale Differenzierung nicht Multiplizierung von Chancen, sondern Anhäufung von Risiken.

So komplettiert sich das Bild einer gespaltenen Gesellschaft, in der die Versuche, den Spaltungstendenzen zu begegnen, neue Spaltungseffekte hervorrufen. Die gesellschaftlichen Modelle und Mechanismen der Koordination des Kapitalismus wie Wohlfahrtsstaat, Tarifverhandlungen, parteistaatliche Demokratie³ oder Bildungssystem werden der Desorganisationstendenzen in den gesellschaftlichen Lebenspraxen der materiellen Lebenssicherung, sozialen Privilegienerhaltung und symbolischen Gruppenabgrenzung nicht länger Herr (Streeck 2009 argumentiert mit dieser Unterscheidung von politischen Koordinationslogiken und gesellschaftlichen Desorganisationstendenzen). Im Gegenteil: Gesteigerte politisch intendierte Koordination geht mit gesteigerter nichtintendierter gesellschaftlicher Desorganisation einher.

Wenn auf diese Weise die „Staatsapparate“ (Nicos Poulantzas) der gesellschaftlichen Synthesis sich von den heteronomen Praxen der sozialen Lebensgestaltung entkoppeln, dann erschallt der Ruf nach der Bürgergesellschaft, die sich als verantwortlich erklären soll, für was der Staat keine Verantwortung mehr übernehmen kann. Ein solidarisches „Assoziationsbürgertum“ soll darin die Führung gegenüber dem kritischen „Bildungsbürgertum“ und dem egoistischen „Wirtschaftsbürgertum“ (so die Differenzierung von Fischer 2008) übernehmen und die Probleme des sozialen Zusammenhalts da einer Lösung zuführen, wo sie entstehen. Etwas weniger begrifflich soll man dabei wohl an die netten, toleranten, einigermaßen wohlhabenden und relativ geborgenen Leute in der Mitte unserer Gesellschaft denken, die Richard Rorty zufolge (Rorty 1994) die Garanten unserer Kultur der moralischen Empfindsamkeit bilden. Aber ist die Mitte tatsächlich der Ort der Bürgergesellschaft, die die Spaltung unserer Gesellschaft als Aufforderung begreift, sich um den sozialen Zusammenhalt zu kümmern?

Es ist bereits angeklungen, dass der Begriff der Exklusion auch und gerade auf Veränderungen in der Mitte der Gegenwartsgesellschaft reagiert, wo sich die Menschen ihres Rangs, ihrer Vorrechte und ihrer Anrechte nicht mehr so sicher sind. Die öffentliche Aufregung ist groß, aber die entsprechenden Daten sind unklar. In der Bundesrepublik sind nach Berechnungen von Anfang 2008 (Grabka/Frick 2008) im Vergleich der Jahre 2001 und 2008 zwar 75 Prozent der Personen mit mittlerem Einkommen wieder in dieser Einkommensschicht vertreten, aber 14 Prozent sind in diesem Zeitraum nach unten gerutscht und 11 Prozent haben den Sprung in die Gruppe der Einkommensstarken geschafft. Die Zahlen belegen eine Bewegung, die freilich aufs Ganze gesehen sich nicht so dramatisch ausnimmt. Etwas anders sieht es aus, wenn man

Haushalts- und Lebensgemeinschaftstypen in den Blick nimmt. Dann zeigt sich, dass die Alleinerziehenden innerhalb der nach Einkommen definierten Mittelschicht die einzige Kategorie darstellen, die relativ wie absolut an Bedeutung gewonnen hat. In den zehn Jahren zwischen 1996 und 2006 ist ihre Anzahl um 400.000 Personen gestiegen. Das ist deshalb ein aufschlussreicher Befund, weil Trennung (und nicht Arbeitslosigkeit) nach wie vor das größte Armutsrisiko in Deutschland bildet. Das wird auch durch den Tatbestand unterstrichen, dass 2006 Alleinlebende und Paare ohne Kinder häufiger in den Extrempositionen vertreten waren als 1996: Die einen häufiger in der armutsgefährdeten Schicht und die anderen häufiger unter den Einkommensstarken.

Indes die Verunsicherung und Verstörung der Mittelschichten hängt mehr mit Veränderungen der sozialmoralischen Bezüge als mit Verschiebungen der sozioökonomischen Ressourcen zusammen. So hat die Mitte 2006 veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über Einstellungen in der „Gesellschaft im Reformprozess“ (zusammengefasst von Neubauer 2006) den Auftritt der „Leistungsindividualisten“ in der gesellschaftlichen Mitte ausgemacht. Das ist eine Gruppe, die insgesamt doch 11 Prozent der Befragten ausmacht, von denen man deutlich mehr in Ost- (nämlich 15 Prozent) als in Westdeutschland (lediglich 10 Prozent) findet. Die lieben den Markt, hassen den Staat und glauben, dass jeder seines Glückes Schmied ist. Zwar machen die „Etablierten Leistungsträger“ in der Mitte immer noch 15 Prozent aus (17 Prozent davon im Westen und 7 Prozent im Osten), aber sowohl das „Engagierte Bürgertum“ als auch die „Kritische Bildungselite“ liegen mit 10 Prozent (davon 11 im Westen und 6 Prozent im Osten) bzw. 9 Prozent (9 im Westen und 8 Prozent im Osten) knapp hinter den Protagonisten einer liberalen Aufmischung der Verhältnisse zurück. Es handelt sich bei dem neuen dynamischen Typ um ein aggressives Selbstvertrauen, das alle diejenigen verachtet, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Man sieht den Staatsapparat in den Händen von Beutepolitikern, die die Leistungsträger um den Lohn ihrer Anstrengung bringen, und erblickt in Parteien und Gewerkschaften eine Koalition von Funktionären, die das Volk betrügen und von der Wirtschaft keine Ahnung haben. Die Zwangssolidarität des Wohlfahrtsstaats lehnt man ab und zelebriert stattdessen lieber die eigene Wohltätigkeit in einer von Prominenz auftritten lebenden „charity“-Industrie.

Dem entspricht ein aus der Mitte der „Arbeitnehmergesellschaft“ (zu dieser Formel von M. Rainer Lepsius siehe Bude 2000) kommender Wechsel in den sozialmoralischen Orientierungen, der als Wechsel von der einst dominanten Abgrenzung nach oben zu einer wachsenden Abgrenzung nach unten zu charakterisieren ist. Das Initialereignis dafür

war der 2007 und 2008 sich hinstreckende Streik der Lokomotivführer, die die Flugkapitäne und nicht die anderen Mitarbeiter aus der Welt der Eisenbahner als die für ihre Lohnforderungen leitende Vergleichsgruppe gewählt hatten. Wer es sich leisten kann, sucht nicht mehr Solidarität in der Gleichheit, sondern Vorteile durch Ungleichheit.

Ein drittes Moment der Irritation in der gesellschaftlichen Mitte besteht in der Gewährung einer neuen Art der Auslese im Kampf um Erwerbs- und Statuschancen, die Robert H. Frank und Philipp Cook in den Überhand nehmenden „winner-take-all“-Märkten erkannt haben (Frank/Cook 1996). Minimale Differenzen in der Performanz zahlen sich in maximalen Differenzen des Erfolgs aus. Beim Ranking der besten Rechtsanwaltskanzleien, Architekturbüros und Gynäkologiepraxen gewinnen die Top-Performer spektakulär und nehmen als Sieger alles. Das gilt unterdessen sogar für Kindergärten, Gymnasien und Universitäten. Die Gruppen mit mittleren Ergebnissen kommen kaum voran und die in der Gruppe der Abgeschlagenen müssen ums Überleben bangen.

Wo bleiben in den so zwischen den widerstreitenden Bewegungen der hartherzigen Selbstdurchsetzung und der ängstlichen Verlustvermeidung aufgeriebenen Mittelschichten die netten, toleranten und geborgenen Leute, die es sich leisten können, sich um Andere zu kümmern, die schwach geworden, von unten nicht weggekommen und hinter den sozialen Wandel zurückgefallen sind? Die von sozialen Spaltungen heimgesuchten Gesellschaften der Nachkriegszeit, die im Abschied von der Utopie und in der wiedergefundenen Mitte (für den bundesrepublikanischen Fall Nolte 2000) ihre elastische Ordnung gefunden hatten, sind auf der Suche nach „Ausdrucksgestalten“ ihrer Furcht wie ihrer Hoffnung. Dabei verschwinden, wie der italienische Fall lehrt, etablierte Volksparteien und treten, wie der uns Deutschen womöglich näher liegende niederländische Fall demonstriert, demagogische Führungsgestalten auf die politische Bühne. Man könnte glauben, dass mit der größten und tiefsten Wirtschaftskrise nach 1945 die Zeit vorbei ist, in der, wie Jared Diamond über die Logik des Kollapses von ganzen Gesellschaften geschrieben hat (Diamond 2005: 527), sich eine führende Elite sicher gefühlt hat, weil sie sehr konzentriert und in überschaubarer Zahl auftrat, durch die Aussicht auf schnelle Profite hoch motiviert war und sich damit beruhigte, dass sie die Verluste ohne große Gegenwehr und ohne schlechtes Gewissen auf die Mehrheit der Bevölkerung verteilen konnte. Wenn heute Ernst-Wolfgang Böckenförde in seiner Antwort auf die Frage, woran der Kapitalismus krankt, nicht weniger als die „Umkehrung des Ausgangspunktes“ fordert (Böckenförde 2009: 8), dann ist alles andere als klar, auf welche Strömung in der Bürgergesellschaft er sich dabei berufen kann. Böckenförde setzt auf eine handlungs- und ent-

scheidungsfähige Staatsgewalt, die über eine bloße Gewährleistungsfunktion für die Erhaltung des Wirtschaftssystems und ein Ausmitteln der Parallelogramms der Kräfte hinausgeht. Wer allerdings durch Begrenzung, Zielausrichtung und Zurückweisung wirtschaftlichen Machtstrebens in diesem Staat die Gemeinwohlverantwortung übernimmt, bleibt offen.

Solange beunruhigt das Problem der sozialen Exklusion den politischen Willensbildungsprozess. Von Jacques Rancière stammt die Formel vom Anteil der Anteillosen, der das Problem der Exklusion immer wieder ins Zentrum des politischen Streits rückt. Für Rancière beginnt die politische Frage damit, dass der Souverän sich nicht damit begnügt, den gerechten Anteil der Gruppen und Individuen nach einem Algorithmus der Leistung zu bemessen, sondern dass er für jene Verantwortung übernimmt, die es aufgegeben haben, sich selbst zu verantworten. „Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die die Bestimmung eines Ortes ändert; sie lässt sehen, was keinen Ort hatte, gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde.“ (Rancière 2002: 41)

Anmerkungen

- 1 Vgl. etwa die beiden Zukunftsszenarien der Prognos AG „Deutschland Report 2030“, der auf über 700 Seiten die aus Sicht des Instituts wahrscheinlichste Entwicklung für die deutsche Gesellschaft aufzeigt, sowie „Arbeitslandschaften 2030“, der vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels die zukünftigen Arbeitsplätze und Arbeitskräfte in Deutschland skizziert.
- 2 In der Hartz IV-Rhetorik sind das die „Ich-AGs“.
- 3 So begreift Sassen (1997) die Dualisierung in den „global cities“.

Literatur

- Bischoff, Sonja (2005): Wer führt in (die) Zukunft? Gütersloh.
- Blossfeld, Hans-Peter/Heather Hofmeister (2008): Globalization, Uncertainty and Women's Careers, Cheltenham.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2009): Woran der Kapitalismus krankt, Süddeutsche Zeitung vom 24.4.09, S. 8.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/Main.

- Brauer, Kai/Andreas Willisch (1998): Aktive Verlierer und passive Gewinner. Die Wahrnehmung individueller Aufstiegschancen und ihre integrative Kraft. Berliner Debatte INITIAL, H. 2/3, S. 117-131.
- Bude, Heinz (1998): Die Überflüssigen als transversale Kategorie, in: Peter A. Berger/Michael Vester (Hg.): Alte Ungleichheiten – neue Spaltungen, Wiesbaden, S. 363-382.
- Bude, Heinz (2000): Was kommt nach der Arbeitnehmergeellschaft? in: Ulrich Beck (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/Main, S. 121-134.
- Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München.
- Bude, Heinz/Andreas Willisch (2008): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“, Frankfurt/Main.
- Bude, Heinz/Andreas Willisch (Hg.) (2006): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg.
- Bude, Heinz/Ernst-Dieter Lantermann (2006): Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 58, H. 2, S. 233-252.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Geschichte der Lohnarbeit, Konstanz.
- Deutschmann, Christoph (2002): Postindustrielle Industriosozilogie, Weinheim, München.
- Diamond, Jared (2005): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt/Main.
- Esping-Andersen, Gosta (1993): Changing Classes: Stratification and Mobility in Post-industrial Societies, London, Newbury Park, New Delhi.
- Europäische Kommission (2004): Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung, Brüssel.
- Fischer, Joachim (2008): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? In der bürgerlichen! In: APuZ, H. 9/10, S. 9-16.
- Frank, Robert H./Philipp Cook (1996): The Winner-Take-All-Society. Why the few at the top get so much more than the rest of us, New York.
- Geissler, Rainer (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 4. Aufl., Wiesbaden.
- Grabka, Markus M./Joachim R. Frick (2008): Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW Wochenbericht vom 5.3.08, S. 101-108.
- Häussermann, Hartmut (2006): Die Krise der „sozialen Stadt“. Warum der sozialräumliche Wandel der Städte eine eigenständige Ursache

- für Ausgrenzung ist, in: Heinz Bude/Andreas Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, S. 294-313.
- Hirsch, Fred (1980): Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wirtschaftskrise, Reinbek bei Hamburg.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2006): Kurzbericht „Mehrfachbeschäftigung: Ein Job ist nicht genug“, online unter: <http://doku.iab.de/kurzber/-2006/kb2206.pdf>.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hg.) (1994): Migration und Armut – Migrationsgewinner und Migrationsverlierer, Frankfurt/Main.
- Jürgens, Ulrich (Hg.) (2000): New Product Development and Production Networks, Berlin.
- Leisering, Lutz (2004): Desillusionierungen des modernen Fortschritts-glaubens, in: Thomas Schwinn (Hg.): Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung, Frankfurt/Main, S. 238-266.
- Luhmann, Niklas (1995): Jenseits von Barbarei, in: ders.: Gesellschaftsstruktur und Semantik, Bd. 4, Frankfurt/Main, S. 138-150.
- Minssen, Heiner (1999): Von der Hierarchie zum Diskurs? Die Zumutungen der Selbstregulation, München.
- Minssen, Heiner (Hg.) (2000): Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit, Berlin.
- Neubauer, Gero (2006): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Nolte, Paul (2000): Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München.
- Oesch, Daniel (2006): Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, Basingstoke.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt/Main (französisch zuerst 1995).
- Reich, Robert B. (1996): Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien, Frankfurt/Main (amerikanisch zuerst 1991).
- Reichwald, Ralf/Frank Piller (2006): Interaktive Wertschöpfung. Open Innovation, Individualisierung und neue Formen der Arbeitsteilung, Wiesbaden.
- Rorty, Richard (1994): Menschenrechte, Vernunft und Empfindsamkeit, Transit, H. 7, S. 102-121.
- Sassen, Saskia (1997): Metropolen des Weltmarkts. Die neuen Rollen der Global Cities, Frankfurt/Main, New York.
- Schütze, Fritz (1996): Verlaufskurven des Erleidens als Forschungsgegenstand der interpretativen Soziologie, in: Heinz-Hermann Krüger/

- Winfried Marotzki (Hg.): Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung, Opladen, S. 116-157.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2008): Niedrige Bildung schmälert Arbeitsmarktchancen erheblich, Pressemitteilung Nr. 333, 5.9.08.
- Staudinger, Ursula M. et al. (2009): Gewonnene Jahre. Empfehlungen der Akademiegruppe Altern in Deutschland, Halle (Saale).
- Streeck, Wolfgang (2009): Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy, Oxford, New York.
- Thumfart, Alexander (2001): Die politische Integration Ostdeutschlands, Frankfurt/Main.
- Vester, Michael/Christel Teiwes-Kügler/Andrea Lange-Vester (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg.
- Voß, Günter G./Hans J. Pongratz (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine Grundform der „Ware Arbeitskraft“? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, S. 131-158.
- Willisch, Andreas (1999): Drogen am Eichberg oder Feuer im Ausländerheim, Mittelweg 36, Jg. 8, H. 6, S. 73-87.
- Wilson, William Julius (1997): When Work Disappears. The World of the New Urban Poor, New York.